

«Mehr Mitsprache»



Paul Widmer, Ex-Botschafter.

«Gefahr für die Demokratie»

Das gab's noch nie: Ausserpolitiker des Nationalrats befragten gestern sechs Experten zum EU-Rahmenabkommen – und die Debatte wurde via Youtube im Internet live übertragen. Normalerweise finden solche Kommissionssitzungen hinter verschlossenen Türen statt. Politiker bilden sich dort ihre Meinung – und ringen mit harten Bandagen um Details und Mehrheiten.

Beim Rahmenabkommen können die Politiker nur noch Ja oder Nein sagen. Gesittet verlief denn auch das Hearing. Statt auf Konfrontation zu gehen, stellen die Nationalräte ihre Fragen oft jenem Experten, der ihre Meinung bestätigte. Denn auch die Rechtsgelehrten beurteilen die zentralen Punkte höchst unterschiedlich.

► **Vertrag als Ganzes:** «Der Vertrag in der vorliegenden Form ist nicht gut», sagt Paul Widmer (69), Lehrbeauftragter an der

Universität St. Gallen. Mit dem Abkommen würde man in einen dynamischen Zustand übergehen. «Wir wissen nicht, was damit kommt», sagt Widmer. «Die Schweiz hat einiges erreicht», entgegnet Christa Tobler (57). Die Professorin für Europarecht an der Uni Basel sieht etwa einen Erfolg darin, dass «nur 5 der rund 120 bilateralen Verträge» unter das Abkommen fallen.

► **Rechtsübernahme:** Mit dem Abkommen würde sich die Schweiz zu einer dynamischen Übernahme von EU-Recht verpflichten. «Es ist keine automatische Rechtsübernahme. Wir haben das Recht, Nein zu sagen, und enthalten wesentliche Mit-



Besonders kritisch: die Aussenpolitiker der SVP um Roger Köppel (M.).

sprachrechte», sagt Matthias Oesch (46), der an der Uni Zürich Europarecht lehrt. «Ich sehe Gefahren für unsere Demokratie», sagt hingegen Widmer. «Wir verpflichten uns mit dem Rahmenabkommen, und es gibt sehr starke Sanktionsmechanismen.» So sei es etwa vorgesehen, dass Verträge gekündigt werden könnten.

► **Unionsbürgerrechte:** Die EU-Richtlinie, welche Rechte von Ausländern in EU-Staaten regelt, ist nicht Teil des Rahmen-

► **Schiedsgericht:** Im Streitfall würden ein Schiedsgericht und der Europäische Gerichtshof urteilen. Für Carl Baudenbacher (71) handelt es sich denn auch nur um ein «Schein-Schiedsgericht» und «Feigenblatt». Es werde eine einseitige Abhängigkeit vom Europäischen Gerichtshof geschaffen, glaubt der ehemalige Präsident des Efta-Gerichtshofs. Astrid Epiney (53), Europa-

rechts-Professorin der Uni Fribourg, sieht es ganz anders: Eine «vordefinierte rechtliche Prozedur» sei zum Vorteil der Schweiz. Heute sei es so, dass die EU oftmals Machtpolitik betreibe. Auch Professor Oesch teilt diese Meinung: «Das Schiedsgericht ist unparteiisch zusammengesetzt.» Und der Europäische Gerichtshof sei ein geachtetes Gericht, das unabhängig entscheide.

► **Unionsbürgerrechte:** Die EU-Richtlinie, welche Rechte von Ausländern in EU-Staaten regelt, ist nicht Teil des Rahmen-

Fragen gespalten



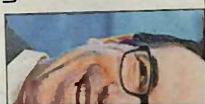
Matthias Oesch, Professor für Europarecht.

vertrags – könnte aber dereinst aufs Tapet kommen. Es dürfe «auf gar keinen Fall» so weit kommen, dass die ganze Richtlinie für die Schweiz Gültigkeit erlangen werde, sagte Tobler dazu. Widmer glaubt hingegen, dass es so weit kommen wird. «Das gemeinsame Schiedsgericht muss sich dann an die Auslegung des Gerichtshofs halten.»

► **Lohnschutz:** Wird der Lohnschutz in der Schweiz geschwächt? Im Abkommen seien die Dingen «nicht so klar, wie sie auf den ersten Blick erscheinen», sagt Europa-rechterin Epiney dazu.

► **Kohäsionszahlungen:** Hier sind sich die Experten zum ersten und einzigen Mal einig – und widersprechen der SVP: Es könnten keine Verpflichtungen abgeleitet werden, auch wenn in der Präambel des Abkommens die Kohäsionszahlungen der Schweiz an EU-Staaten erwähnt seien, bestätigt selbst der Rahmenabkommen-Kritiker Widmer. Nico Menzato

Angela Merkel (64), Bundeskanzlerin von Deutschland



Der Finanzminister ist eines der wenigen Kabinettsmitglieder, die die beiden ersten Trump-Jahre polit überlebt haben. Ist für die Russland-Sanktionen der verantwortlich.

Steven Mnuchin (56), US-Finanzminister

Genfer Affäre

FDP-...

Was in Genf bleibt mich

Die horrensenbezüge der Genfer und die Luxusferien-Regierungsrat Pierri (40, FDP) werfen ihr aufs Wahlkampfplötzlich überbieten Ker mit vertrauen. Massnahmen.

Einerseits disk Staatspolitische K des Ständerats (5 Montag, ob man d renz-Initiative von einen Gegenvorschn über stellen soll. **D verlangt mehr Kl grössere Spenden und Parteien.**

Aber auch auf d Ständeratswahlkam Genfer Vorkommi